



**Stoppt den  
Waffenhandel!**

### **Frage des Monats**

**Gruppen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!** wenden sich an ParteivertreterInnen und Bundestagsabgeordnete, damit sich diese für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Die pax christi Gruppe Münster hat dazu die "Frage des Monats" entwickelt. Dabei legt sie den Politikern des Wahlkreises in vierwöchentlichem Abstand eine Frage Thema zum Waffenhandel vor.

### **Frage des Monats November 2012**

„Bei der diesjährigen Delegiertenversammlung von pax christi hat die Bistumsstelle Münster den Antrag gestellt, das Präsidium der deutschen Sektion möge die Bundesregierung drängen, dass bei Besuchen der Bundeskanzlerin und der Bundesminister im Ausland keinerlei Vertreter der Rüstungsindustrie mehr mitreisen.

**Wir meinen:** Es darf nicht sein, dass bei Besuchen im Ausland, die der Freundschaft und der Knüpfung weltweiter gutnachbarlicher Beziehungen dienen, Geschäftsleute mitreisen, für die auch weiterhin der 'Tod ein Meister aus Deutschland' (Paul Celan) sein soll.

**Wir fragen Sie:** Was würden Sie von einem solchen Ausschluss von Vertretern der Rüstungsindustrie bei Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern halten?“

### **Es antworteten**

- Christoph Strässer, SPD, 22.11.2012
- Marc Würfel-Elberg, CDU, 23.11.2012
- Winfried Nachtwei, Grüne, 2.12.2012

### **Christoph Strässer (MdB) am 22.11. für die SPD**

Ich begrüße die Initiative von pax christi, die Begleitung von Vertretern der Rüstungsindustrie bei Reisen der Regierung oder von Regierungsmitgliedern einschränken oder ganz abschaffen zu wollen. Grundsätzlich sehe ich diese Form der Reisebegleitung ebenfalls sehr kritisch.

Wenngleich Reisen der Bundesregierung bzw. ihrer Vertreter auch dazu genutzt werden können, wirtschaftliche Kontakte zu knüpfen und Geschäfte anzubahnen, halte ich dies im Bereich der Rüstungsgüter für problematisch. Im Besonderen dann, wenn es sich um Reisen in Gebiete handelt, in denen es um die Realisierung von demokratischen Rechten durch die jeweilige Landesregierung oder um die allgemeine Sicherheitslage schlecht bestellt ist, halte ich dies für unangebracht. Ich habe bereits in meinen letzten Antworten darauf verwiesen, dass in vielen Ländern nicht sichergestellt werden kann, wo die Rüstungsgüter letztlich verbleiben.

Gerade auch, wenn von Seiten der Bundesregierung sensible Themen wie Menschenrechte angesprochen werden sollen, ist es wohl ein denkbar schlechtes Zeichen, in der eigenen Delegation Vertreter von Rüstungsfirmen mitreisen zu lassen.

Es ist das Risiko und die Verantwortung der Bundesregierung, möglicherweise dafür verantwortlich zu sein, dass im Umfeld ihrer Reisen Geschäfte abgeschlossen werden, die

zum Nachteil der Sicherheit der örtlichen Bevölkerung sind oder entsprechende Güter in die falschen Hände geraten. Insofern wäre dringend anzuraten, von der Praxis der Reisebegleitung durch Rüstungsvertreter Abstand zu nehmen.

### **Marc Würfel-Elberg (für den AK Außen- und Sicherheitspolitik und Europa der CDU in Münster) am 23.11**

Dem Ausland gehören auch viele unserer Partnerländer (z.B. EU, Nato) an. Dementsprechend kann ein solcher pauschaler und allgemeiner Ausschluss nicht befürwortet werden, denn Rüstungsexporte an unsere Partner befürworten wir. Man könnte sich auf Staaten einigen, in die man auf keinen Fall irgendwelche Rüstungsgüter liefern möchte und dementsprechend bei offiziellen Reisen der Bundesregierung in diese Staaten keine Vertreter dieses Industriezweigs mitnehmen sollte. Abstufungen sind auch denkbar – je nach Bereitschaft, welche Rüstungsgüter (z.B. auch Dual-Use-Technologien) exportiert werden sollen oder nicht. Dies erfordert eine breite und transparente Diskussion, die wir begrüßen würden.

### **Für die Grünen antwortete Winfried Nachtwei (ehemals MdB) am 2.12.2012**

Besuche von Kanzlerin und Bundesministern im Ausland dienen dem direkten Meinungs- und Erfahrungsaustausch, der Förderung der Kooperation im Sinne gemeinsamer Ziele und Interessen, der Klärung und ggf. Verständigung über konträre Positionen und Konflikte.

Wenn Vertreter der Rüstungsindustrie an solchen Regierungsbesuchen teilnahmen, gingen diese in der Regel in sogenannte „sonstige Länder“ außerhalb von NATO, EU und gleichgestellten. Die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung von 2000 legen fest, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in solche Länder „restriktiv gehandhabt“ werden soll. Bis auf Einzelfälle „besonderer außen- und sicherheitspolitischer Interessen der Bundesrepublik“ seien Exporte von Kriegswaffen nicht zu genehmigen.

Die Teilnahme von Vertretern der Rüstungsindustrie bei Regierungsreisen dient offenkundig der Werbung für und der Verkaufsförderung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern bei den Entscheidungsträgern eines Gastlandes. Eine solche Reisepolitik ist ein besonders wirksamer Türöffner für Rüstungsexporte in Drittländer. Sie widerspricht einem weitsichtigen deutschen und europäischen Sicherheitsinteresse an Rüstungskontrolle und Abrüstung. Sie unterläuft faktisch das Restriktionsgebot der Rüstungsexportrichtlinien.

Im Sinne einer kohärenten Friedens- und Sicherheitspolitik sollte deshalb durch Kabinettsbeschluss geregelt werden, dass für Vertreter von kommerziellen Rüstungsinteressen kein Platz bei Regierungsbesuchen in Drittstaaten ist.

Eine persönliche Anmerkung: Die Vertreter deutscher Rüstungsfirmen mit dem Paul-Celan-Zitat aus der „Todesfuge“ pauschal in eine Reihe mit den Machern der Nazi-Vernichtungspolitik zu stellen, halte ich – bei aller scharfer Kritik an den realen Rüstungsexporten – für überzogen.